

nicht? Oder will er es nicht wissen aus Haß gegen die Sozialdemokratie?

Selbst wenn Rödiger den von ihm unterzeichneten Artikel selbst geschrieben oder veröffentlicht hätte, was nach der Erklärung Geiser's nicht der Fall ist, so würde er, im Falle der Artikel strafbar wäre, lediglich in Leipzig die strafbare That verübt haben und wäre lediglich dem Leipziger Bericht deshalb verantwortlich. Begreift das Herr Woytatsch auch nicht, oder will er es nicht begreifen?

Nicht das Schreiben eines strafbaren Artikels (wie wollen einmal annehmen, Rödiger habe den betreffenden Artikel in Halle geschrieben) ist strafbar, sondern die Veröffentlichung eines solchen Artikels durch den Druck. Diese Veröffentlichung ist in Leipzig geschehen und deshalb ist Leipzig der Ort der Gerichtsbarkeit für den bloß von Herrn Woytatsch inkriminierten Artikel. Wie oft soll man dies dem Herrn Woytatsch wiederholen. Als Jurist müßte er solche einfache Grundsätze der deutschen Rechtspflege allerdings längst wissen.

Wir geben unseren Halle'schen Parteigenossen, resp. der Frau Rödiger übrigens den Rath, ihren Mann zu verlassen, daß er die Kompetenzfrage des Halle'schen Gerichts bestreitet und dies schleunigst dem dortigen Untersuchungsrichter meldet. Nach der bisherigen Praxis des Appellationsgerichts zu Naumburg muß dasselbe die Inkompetenz des Gerichts zu Halle erklären. Auf alle Fälle befindet sich somit Genosse Rödiger vollständig unschuldig auf Antrag der Staatsanwaltschaft zu Halle in Untersuchungshaft.

Kann Herr Woytatsch das verantworten? „Ja wohl! Rödiger ist ja nur ein Sozialdemokrat!“

Noch sei erwähnt, daß der Landwehroffizier und Adjutant des 64. Regiments, der sich, wie die „Neue Welt“ vor längerer Zeit mittheilte, den merkwürdigen Spatz erlaubte, zu Anfang des Jahres 1871 in den Landwehrmann und Reichstagsabgeordneten Hasenclever auf dem Marktplatz zu Witten vortreten zu lassen und ihn mit der kentenantlichen Bemerkung: „Wir wollten Sie 'mal ansehen!“ dann wieder eintreten ließ, sich auch Woytatsch nannte und Staatsanwaltschaftsgehilfe oder Staatsanwalt in seiner Civilstellung war.

Dies zur besonderen Charakteristik der Herren Staatsanwälte mit Namen Woytatsch!

Sozialpolitische Uebersicht.

Die Untergrabungs- oder Umsturzcommission des Reichstags hat die erste Lesung des Sozialistengesetzes hinter sich. Die Rationalliberalen haben sich im Stodspringen brillant bewährt. Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt darüber:

„Trotz aller Kaiser'schen Schönplasterchen, die das Gesetz erhalten hat, ist das alte Gesicht der Bundesrathsvorlage noch ganz gut zu erkennen und für den wahren Realpolitiker kann es nicht zweifelhaft sein, daß in der Handhabung des Gesetzes wenig von den Kaiser'schen Erfolgen zu spüren sein wird. Es heißt ja auch wirklich Schemen nachjagen, für ein Gesetz, das den Polizeibehörden Befugnisse einräumt, wie sie bisher selbst die Gerichte nicht hatten, für ein Gesetz, das nach dem Geständniß des Herrn Geiselt die exorbitantesten Mißbräuche gestattet, nach sittlichen oder gar rechtlichen Garantien zu suchen. Wer ernstlich solche Garantien will, muß sich gegen das Prinzip des Gesetzes erklären, wer aber dieses Prinzip einmal, wie die Kaiser'schen, adoptirt hat, der bewegt sich in einem falschen Birkel, wenn er um

Ein komischer Kauz.

In einer Brüsseler Correspondenz der „Frankfurter Zeitung“ vom 21. September lesen wir:

Die Attentate in Deutschland haben auch Wirkungen in der Ferne. Heute hat das Brüsseler Schöffengericht einen armen Wicht wegen Verleumdung des Deutschen Kaisers zu fünf Jahren Gefängniß verurtheilt. Es handelt sich um einen französischen Flüchtling, Namens Claudel, der seit mehreren Jahren hier wohnhaft als Professor ein mäßiges Leben führte. Hödels und Nobilings Attentate scheinen dem Manne den Sinn verdorrt zu haben, denn kurz nach denselben schrieb er einen Brief an den deutschen Kaiser und nachträglich an den deutschen Reichskanzler: „Mein Herr!“ hieß es in denselben, erlauben Sie mir Ihre Aufmerksamkeit auf einen Punkt zu lenken, der nicht ohne Einfluß auf den Nordstern sein muß. Können Sie sich denken, daß es nicht die Schuld der Regierungen ist, wenn solche Morde (wie der Nobiling'sche) geschehen? indem sie ihre Unterthanen von der Kindheit an mit dem Gedanken erziehen, er könne seines Gleichen tödten, wenn einmal derselbe auf der anderen Seite der Grenze steht? . . . Die regierenden Fürsten sollten sich als Pflicht stellen Alles fernzuhalten, was in dem Menschen den Gedanken des Mordes ernähren kann, und zu fördern, also die Armeen abschaffen. Thun sie das nicht, so sind sie die eigene Schuld an dergleichen Attentaten. — Denken Sie darüber nach. Mein Herr! Meine Pflicht als Mensch stellte mir zur Aufgabe, Ihnen die Sache auseinanderzulegen und Sie womöglich darüber aufzuklären etc.“ In dem Briefe an den Reichskanzler waren ungefähr dieselben Gedanken (?) ausgeführt. Hier knüpfte aber Claudel an seine Bemerkungen über die Abschaffung des Nordsterns den Ausdruck, Nobiling's That sei „die Gerechtigkeit der Dinge.“ — Natürlich blieben beide Briefe unbeantwortet, und Professor Claudel sah sich daher veranlaßt, eine Brochüre zu schreiben, in der er unter dem

Bürgerhaften großen Lärm erhebt und er muß sich von rechts her den Vorwurf gefallen lassen, daß er ja lediglich das eigene Werk unwirksam zu machen bestrebt sei. Mit der Bewilligung des Civilbelagerungszustandes haben gestern die Liberalen unter Vasker's Führung ihrem Werke die Krone aufgesetzt, doch sind sie vorsichtig genug gewesen, für Wahlzeiten das Versammlungsgesetz aufrecht zu erhalten. Sie wissen aus der letzten Wahlbewegung, daß ihnen selbst leicht passiren könnte, was scheinbar den Sozialdemokraten zugedacht ist und wo es ans Horn geht, erinnert man sich deshalb auch des Rodes. Begierig darf man jetzt darauf sein, welche Beschlüsse der Commission die Regierung in der zweiten Lesung als „unannehmbar“ bezeichnen wird. Daß Hr. Vasker sein Spiel noch nicht gewonnen hat, wird durch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ sowohl wie durch die „Provinzial-Correspondenz“ bezeugt — wie hoch aber der Stod gehalten werden wird, das sollen wir noch erfahren.

Wir haben über die Beschlüsse der ersten Lesung noch Einiges nachzutragen:

Der Belagerungsparagraph 20 ist in folgender Vasker'schen Fassung angenommen worden: „Für Bezirke und Ortlichkeiten, welche durch die im § 1 bezeichneten Bestrebungen mit unmittelbarer Gefahr (der Keuschheit kommt zu Ehren!) für die öffentliche Sicherheit bedroht sind, können von den Centralbehörden der Bundesstaaten die folgenden Anordnungen, soweit sie nicht bereits Landesgesetzlich zulässig sind, mit Genehmigung des Bundesraths für die Dauer von längstens einem Jahre getroffen werden:

1) daß Versammlungen nur mit vorgängiger Genehmigung der Polizeibehörde stattfinden dürfen; auf Versammlungen zum Zwecke einer ausgeschriebenen Wahl zum Reichstage oder einer Landesvertretung erstreckt sich dieses nicht;

2) daß die Verbreitung von Druckschriften auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten nicht stattfinden darf;

3) daß Personen, von denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung zu besorgen ist, der Aufenthalt außerhalb ihres Wohnorts in den Bezirken oder Ortlichkeiten verweigert werden kann;

4) daß der Besitz, das Tragen, die Einführung und der Verkauf von Waffen verboten, beschränkt oder an bestimmte Voraussetzungen geknüpft wird. Die getroffenen Anordnungen sind in landesgesetzlicher Weise und durch den „Reichs-Anzeiger“ bekannt zu machen. Ueber jede Anordnung dieser Art muß dem Reichstage bezw. der Landesvertretung bei ihrem nächsten Zusammentreten Rechnung gegeben werden. Wer diesen Anordnungen oder den auf Grund derselben erlassenen Verfügungen mit Kenntniß oder nach erfolgter Bekanntmachung zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 1000 M. oder mit Haft oder mit Gefängniß bis zu 6 Monaten bestraft.

Der Schlusparagraph 22 lautet in der Regierungsvorlage: „Das Gesetz tritt sofort in Kraft.“ Derselbe ist abgeändert in: „Das Gesetz tritt in Gültigkeit bis zum 31. März 1881.“ — Der Regierungskommissar hielt diese Beschränkung der Dauer für unannehmbar.

In der letzten Sitzung am Freitag einigte man sich über die Beschwerdeinstanz, indem man dem § 19 folgende Fassung gab:

„Für Entscheidung der auf Grund dieses Gesetzes erfolgenden Beschwerden wird eine Commission von 9 Mitgliedern gebildet. Der Bundesrath wählt davon 4 aus seiner Mitte, die übrigen 5 werden aus der Zahl der Mitglieder der höchsten Gerichte des Reiches oder der einzelnen Bundesstaaten gewählt. Die Wahl dieser 5 Mitglieder

Titel: „Le sort réservé aux rois et empereurs“ (das Schicksal, welches den Königen und Kaisern vorbehalten ist) die Grundidee der obigen Briefe in weiteren Ausführungen verarbeitete. Das Ganze ist in einem theils mythischen, theils flachen Styl verfaßt, stellenweise komisch und endet in einer die Zurechnungsfähigkeit des Autors stark in Frage stellenden Weise. Claudel will die Abschaffung der Könige und Kaiser durch gelinde Mittel herbeiführen, auf medizinischem Wege? Er betrachtet alle Herrscher als Geistesranke, denen am besten eine ländliche Curanstalt anzupfehlen wäre. So will er, daß Kaiser und Könige aufs Land geschickt werden, unter den Bauern längere Zeit verweilen und mit denselben je nach Kräften arbeiten, „denn Niemand soll über seine Kräfte gehalten werden, selbst Monarchen nicht.“ fügt er hinzu. Der Haupttheil der Brochüre beschäftigt sich mit der praktischen Ausführung dieser „Kur!“ Die Brochüre war hier ganz unbeachtet geblieben, und hatte selbst unter den Freunden des Verfassers nur Achselzucken hervorgerufen; als das Werk eines vernünftigen Menschen konnte dieser Drei von Gemeinplätzen in Zusammenhang mit jenen angeführten idyllisch-medizinischen Hilfmitteln unmöglich gelten. Das Erstaunen war um so größer als man vor einigen Tagen erfuhr, daß die Brochüre confiscirt und Claudel nebst seinem Drucker vor Gericht geladen worden sei . . . „wegen Majestätsbeleidigung eines befreundeten Herrschers.“ Wie gesagt, ist er heute zu fünf Jahren Gefängniß verurtheilt worden. Er hatte sich übrigens aus dem Staube gemacht und so erklärt sich das Maximum der Strafe. Der Drucker ist für seinen Theil zu 18 Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Indessen wird der Kassationshof über seinen Fall noch zu urtheilen haben. Das Schöffengericht hat nämlich einen Spruch erlassen, der Claudel für den Autor der Brochüre erklärt. Nach unserem Preßgesetz hört aber, sobald der Autor bekannt und genannt ist, die Verantwortlichkeit des Druckers auf. Somit hätte die Anklage gegen den Drucker, wie es sein Advokat verlangte, ausgeföhrt werden müssen. Ein Rekurs

erfolgt für die Zeit der Dauer dieses Gesetzes und für die Zeit ihres Verbleibens im richterlichem Amte. Die Commission entscheidet in der Besetzung von 5 Mitgliedern, von denen mindestens drei zu den richterlichen Mitgliedern gehören müssen. Vor der Entscheidung über die Beschwerde ist den Betheiligten Gelegenheit zur mündlichen oder schriftlichen Begründung ihrer Anträge zu geben. Im Uebrigen bestimmt die Commission ihre Geschäftsordnung selbstständig. Die Entscheidungen erfolgen nach seinem Ermessen und sind endgültig.“

In § 8 (Verbot der Preßzeugnisse) wurde auf Vasker's Antrag folgender Zusatz angenommen: „Das Verbot ist dem Verleger oder Herausgeber schriftlich unter Angabe von Gründen zuzustellen.“

Damit ist die erste Lesung beendet. Abg. Dr. von Schwarze wurde zum Referenten ernannt, die Abgg. Vasker und Haud mit der Revision resp. Redaktion der gefassten Beschlüsse beauftragt. Dienstag, den 2. Oktober, findet die erste Sitzung der Commission zur zweiten Lesung statt. Die Abgeordneten erhalten darauf einen gedruckten Bericht und wahrscheinlich Dienstag, den 8. Oktober, wird die zweite Beratung des Sozialistengesetzes (als Vorlage dienen dann die Commissionsbeschlüsse) stattfinden.

Der Bismarck'sche Gesetzentwurf ist nunmehr ein Vasker'scher geworden, „doch es will uns schier bedünken, daß etc.“

— Das „Sichbleiben“ Liebknecht's bei der bekannten Reichstags-„Hoch“-Affaire hat einem Sojus der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ zu folgendem „Eingekandt“ begeistert:

„Die Zeitungen berichteten dieser Tage, daß der Abg. Liebknecht in der Eröffnungsitzung des Reichstags bei Gelegenheit des von dem Alterspräsidenten ausgebrachten Hochs auf Se Majestät den Kaiser in offenkundiger Weise sich geblieben sei, und die „Neue Preussische Zeitung“ fügte hinzu, daß in Ansehung dieses Benehmens in konservativen Kreisen eine Erweiterung der Geschäftsordnung hinsichtlich der darin vorgezeichneten, vom Präsidenten zu ertheilenden Strafmittel intendirt werde.“

Wir unsere Theils halten in Bezug auf den vorliegenden Fall die heabsichtigte Erweiterung der Geschäftsordnung des Reichstags für nicht erforderlich.

„Liebknecht, indem er sitzen blieb, verletzete die schuldige Ehrfurcht gegen Se. Maj. den Kaiser, er machte sich durch absichtliche Verweigerung des herkömmlichen Reichens der dem Kaiser gebührenden Ehrerbietung der Beleidigung nach § 95 des Reichs-Strafgesetzbuches schuldig.“

„Schon nach dem Justinianischen Codex verübte derjenige das erimen maj., welcher den üblichen Anstand gegen den Kaiser vernachlässigte. Und als des Majestätsverbrechens für schuldig sollte derjenige Beamte gehalten werden, welcher nach Vollendung eines aus Staatsmitteln errichteten Bauwerks seinen Namen ohne die Erwähnung des Kaisers am Bauwerk anbringen ließ.“

„Wer mittels Unterlassung schuldiger Ehrenbezeugungen dem andern, welchem ein Recht auf Erweisung derselben zusteht, Geringschätzung seiner Person zu erkennen giebt, begeht eine Injurie hinsichtlich des Rechts auf äußere Achtung — dignitas et fama alterius.“

„Gegen Liebknecht vorzugehen, würde daher niemals Sache des Reichstagspräsidenten sein können, sondern Sache der in Straffachen bestellten Staatsbeamten. Denn daß hier Artikel 30 der Reichsverfassung zur Anwendung zu kommen habe, wird im Ernst Niemand behaupten wollen, da das Benehmen Liebknecht's mit der

dahin ist bereits an den Kassationshof gelangt. — Die Sache, welche sonst nur wenig Interesse bot, hat hier deshalb großes Aufsehen gemacht, weil die Verfolgung Claudel's auf Veranlassung der deutschen Gesandtschaft geschehen ist.“

— So ist es recht! Wenn irgendwo bei den letzten Wahlen ein „Reichsfeind“ einem „Liberalen“ gegenüber unterlag, so zogen die Kornblumenritter durch die betreffende Stadt und grölten die „Wacht am Rhein“ oder „Heil Dir im Siegerkranz“ und verübten allerlei Unfug. In Stettin, wofolbst bei der Nachwahl der „liberalen“ Reichsfeind Kapp dem Conservativen Schlutow unterlegen ist, trieben es die Conservativen den „Liberalen“ gegenüber ebenso, wie es „Liberalen“ den Sozialdemokraten gegenüber getrieben haben. Hören wir den ergößlichen Siegesbericht der conservativen „Stettiner Zeitung“ vom 24. September:

„Am Abend des Sieges! Eine größere und freudigere Aufregung, als gestern nach dem Bekanntwerden des Wahlergebnisses und des glänzenden Sieges der Bürgerpartei unsere Stadt durchwühlte, haben wir seit lange nicht gehabt. Dicht gedrängte Massen standen auf dem Kirchplatz, wo in unserer Redaktion das Wahlergebnis zusammengestellt wurde. Und als dann Nachricht auf Nachricht eintraf, und jede neue Nachricht die Majorität des Herrn Schlutow vermehrte, da vermochte der Enthusiasmus aus der Menge sich kaum zu halten. Hoch folgte auf Hoch! Als das Resultat von etwa 15 Wahlbezirken bekannt und an dem Siege nicht mehr zu zweifeln war, machte sich Herr Sorau als erster Bote der freudigen Nachricht zum Herrn Stadtrath Schlutow auf. Während dessen trafen die andern Nachrichten ein. Nur mit Mühe gelang es, die nöthige Ruhe zu schaffen, damit die mit dem Zusammenzählen der Stimmen beauftragten Herren eine kleine Differenz berichtigen konnten. Und als dann endlich das endgültige Wahlergebnis bekannt gemacht werden konnte, da hallte der ganze Kirch-

Ausübung seines in Art. 23, 26 und 27 der Reichsverfassung deutlich vorgezeichneten Berufs offenbar in gar keinem Zusammenhange stand.“

Auch die „Post“ hat sich in ähnlichem Sinn ausgesprochen. Also Tessendorff soll helfen. Der gute Mann wird das nun allerdings unterlassen, aber man sieht aus Kundgebungen, gleich der obigen, wie tief das Ehr- und Rechtsgelübde in gewissen Kreisen gesunken ist und was wir zu erwarten haben, wenn diesen Attentatsrittern, die an die verworfenen Seiten des alten Römerreichs erinnern, ihr frecher Versuch, sich der absoluten Herrschaft zu bemächtigen, wirklich gelingen sollte.

— Für wen der Strid gedreht wird, das plaudern die Reptil- und Junkerblätter mit rührender Offenherzigkeit aus. Gegen Kles, was sich nicht dukt. Also im Süden und Westen vorwiegend gegen die katholische Partei; im Norden und Osten vorzugsweise gegen den Liberalismus. Die Haß der Junkerblätter auf den Liberalismus, der mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden muß, ist bekannt. Es bedarf da keiner Citate. Hören wir aber, was ein süddeutsches Blatt, die Bismarck'sche „Passauer Zeitung“, der Centrumpartei in Aussicht stellt: „Das Sozialistengesetz, so schreibt das genannte Blatt, das, wie die Sachen jetzt stehen, ohne Zweifel zur Annahme gelangen wird, liegt unseren ultramontanen Prehorganen fast noch schwerer im Magen, als den sozialdemokratischen, denn sie widmen ganze Spalten jenen Artikeln, welche zu Gunsten der Sozialdemokratie auf das Wüthendste dieses Ausnahmengesetz anfeinden. Besondere Schmerzen scheidet dasselbe namentlich unserer „ehrenwerthen“ „Donauzeitung“ zu machen. Die „Gute“, deren Soldhaechte Eimer im Jahre 1870 den gegen Deutschland heranstürmenden Turko's-Bestien bekanntlich jenes schüßliche „Bravo“ zugerufen hat, merkt eben, daß es mit dem in die Praxis kommenden Sozialistengesetz auch ihr und ihren staatswählerischen Mitbetherinnen an den Kragen gehen wird, denn sie hat ja, neben ihrem fortwährenden Abmühen, Widerwillige gegen das Reich und seine gesetzliche Autorität zu schaffen, längst ihre Spalten zum Tummelplatz sozialdemokratischer Elemente gegen den Staat gemacht; daher das große Geheiß über den Lasso, den in Balde der Staat über die sozialdemokratischen Wähler auszuwerfen gedenkt, denn: Mitgefungen — mitgehungen! — Kurz, wer sich nicht unbedingt und ohne zu mucken der klassischen Formel fügt: Soldat werden, Steuern zahlen und Maul halten! dem wird der Lasso übergeworfen.“

— Die reaktionäre Internationale. Nach einem römischen Telegramme der „Neuen Freien Presse“ hat Fürst Bismarck wirklich Versuche gemacht, eine internationale Hege gegen die Sozialisten in Scene zu setzen, ohne indessen Compagnons zu finden. Von Seiten Italiens wurde jenes Anjhan abgelehnt; ebenso von England und Holland. Die Idee der „reaktionären Internationale“, welche bereits zum geflügelten Wort zu werden drohte, wird somit begraben bleiben.

— Einer Untergrabung macht sich der Geheimregierungsath Jacobi im „Siegnitzer Stadtblatt“ schuldig. Dieser Herr macht auf die beiden wissenschaftlichen Zeitschriften unserer Partei, „Die Zukunft“ und „Die neue Gesellschaft“, aufmerksam und erkennt deren wissenschaftliche Bedeutung voll und ganz an. Nun hat aber das Berliner Stadtgericht entschieden, die „Zukunft“ sei nicht nur nicht wissenschaftlich, sondern sogar sehr gemeingefährlich!

platz von Jubel wieder. Schnell wurden einige 50 Zettel mit dem Wahlergebnis beschrieben und vertheilt. Ein Theil der Menge theilte sich nun und zog in die Stadt, zunächst nach dem Paradeplatz vor die Wohnung des Hrn Stadtrath Schlutow und dann, als man hörte, derselbe sei bei seinem Herrn Vater, vor dessen Wohnung nach dem Hofmarkt, wo demselben die lebhaftesten Ovationen dargebracht und mehrere patriotische Lieder, wie „Die Wacht am Rhein“, „Heil Dir im Siegerkranz“, „Ich bin ein Preuße“ u. s. w. abgesungen wurde. Dann zog man zur Börse und von dort zur Redaktion des „General-Anzeigers“, wo den Herren Senfensohn und Spöhr für die im „General-Anzeiger“ gegen die Bürgerpartei geschleuberten Schmuckartikel in einer Rahmenmüß die entsprechende Antwort wurde. Ein Kaufmann forderte unter stürmischen Beifall die Menge auf, ein solches Schmuckblatt nicht wieder in die Hand zu nehmen. Auch vor dem Restaurant Peterjen, wo jene Verfasser aller dieser Skandal-Artikel meistens verkehrten, kam es zu einer ähnlichen Scene. Hier trat sogar ein kritischer Moment ein. Aus einem Fenster desselben Hauses wurde, wohl mit Absicht, Wasser ausgegossen, wodurch einige Herren beschmüpft wurden. Im Augenblick stante sich die Menge gegenüber dieser unbesonnenen Herausforderung. Es entstand einen Augenblick tiefste Stille, wie sie dem Sturme vorher zu gehen pflegt. Doch ein Herr, der die Gefahr sah, rief mit lauter Stimme: „Vorwärts, Kinder, laßt die — Hunde stehen.“ Ein Hurrah! und weiter ging es!

Die conservative „Stettiner Zeitung“ nennt ihre Partei schon die Bürgerpartei. Das „liberale“ Blatt, der „Generalanzeiger“, weil es für den gemäßigten liberalen Hrn. Kapp eingetreten ist, wird ein Schmuckblatt genannt. Der conservative Segensjah zum Liberalismus kommt in patriotischen Gesängen zum Vorschein — und die liberalen Grauden merken noch immer nichts oder was noch schlimmer ist: Sie lassen sich das Fell über die langen Ohren ziehen ohne nur einmal auszuf schlagen.

— Wunderbar. In Preußen ist kürzlich ein junger Mann, der behauptet hatte, ein großer Theil unserer Soldaten und Offiziere seien Sozialdemokraten, wegen Verleumdung der Mitglieder des Heeres zu 4 Wochen Gefängnis verurtheilt worden. Wir können es nicht recht mit der That- sache in Harmonie bringen, daß seit Jahren von Seiten der Regierungen- und sonstigen reaktionären Organe dieselbe „Verleumdung“ tausend und aber- tausend Mal mehr oder weniger direkt ausgesprochen worden ist, ohne daß eine Anklage erfolgt wäre. Oder würde die Straflosigkeit bloß durch die demunziatorische Absicht bedingt? Einem Juristen — die leider heutzutage sehr selten sind, seit selbst Richter unter die Attentatgeheißler und Gesetzes- attentäter gegangen ist — aber möchten wir die Frage vorlegen: Wo steht das Verleumdende in dem Wort und Begriff „Sozialdemokrat“? Und würde es auch eine Verleumdung gewesen sein, wenn der junge Mann gelagt hätte: Ein großer Theil unserer Soldaten und Offiziere seien Conserva- tive oder Nationalliberale?

— Der christliche Sozialpolitiker Dr. Jäger, dessen verdienstvolle Werke über die sozialdemo- kratische Bewegung in Deutschland über die sozial- politische Entwicklung Frankreichs auch vielen un- serer Leser bekannt sein werden, drückt sich in einem Brief an die „Germania“ wie folgt über das Ausnahmengesetz aus:

„Die Annahme des Gesetzentwurfs wird zwei unvermeidliche Folgen haben; sie wird die sozial- demokratische Bewegung noch viel gefährlicher machen als sie bereits ist, und sie wird die soziale Reform — das einzige Heilmittel gegen die So- zialdemokratie (correct ausgedrückt: gegen die so- ziale Revolution. Red. d. „Vorwärts“) — unmöglich machen. An sich schon ist es ein Un- recht, daß der „moderne“ Staat seine eigenen Kinder — und das sind doch die Sozialdemo- kraten — in Acht und Bann erklärt! Dann wird dieses Gesetz die sozialdemokratische Agitation gegen die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse aller- dings von der Bildfläche der Tagesereignisse zu- rückdrängen, aber diese Agitation wird sich darum nur noch energischer auf die Bebauung jedes Ge- bietes werfen, das jeder — und wie die That- sachen zeigen, selbst der russischen — Staatsgewalt spottet, wir meinen das rein soziale Gebiet, die Agitation von Mann zu Mann, von Haus zu Haus, von Werkstatt zu Werkstatt. Was die Agi- tation erscheinbar verliert, wird sie an Intensität zehnfach gewinnen. Die Attentate, die man auszuwarten wähnt, werden eher zu- als abnehmen, und als, wenn auch immerhin ver- brecherische, Ausdrucksweisen der unterdrückten Volkstimme erscheinen. Statt sich zu mil- dern, werden sich die Gegensätze verschärfen, statt sie zu schließen, wird sich die Kluft zwischen den sozialen Mächten, der Gegen- sätze gegen die bestehende Sozialordnung nur noch klaffender aufthuen.“

— Russische Blätter melden von einer „zweiten Saffulisch-Affaire“. Am 12. ds. Mts., so wird berichtet, stand vor dem Moskauer Schwurgerichte das 23jährige Fräulein Alexandra Paulowna Wenezla, die Tochter eines russi- schen Staatsrathes. Sie war des Mordversuchs angeklagt. Das Mädchen beabsichtigte, den ge- fährdeten Staatsprocurator Przewalski zu tödten, hatte aber irthümlicherweise den Stellvertreter desselben, Namens Progorowski, welchen sie für den Procurator angesehen hat, mit einem Re- volverschusse schwer verwundet. Die Geschwornen haben die Angeklagte einstimmig freigesprochen und im anwesenden Publikum fehlte es darob nicht an lärmenden Beifallsbezeugungen für die befreite Verbrecherin und ihren Verteidiger.

Die „zweite Saffulisch-Affaire“ steht der ersten so ähnlich, daß wir versucht sind, an eine Reporterente zu glauben. Unsere Zweifel werden beinahe zur Gewissheit erhoben durch die That- sache, daß in Russland nach der Freisprechung der Wjzera Saffulisch das schwurgerichtliche Verfahren für politische Prozesse aufgehoben, und daß ferner nach der Erdolung Wjzengow's alle „politischen“ Verbrechen — und um ein solches handelt es sich hier doch offenbar — vor die Kriegsgerichte verwiesen worden sind.

— Die orientalische Frage ist durch den amosen Berliner Congreß, der sie wenn nicht aus der Welt, doch aus dem Weg schaffen sollte, bekanntlich so erfolgreich in Fuß gebracht worden, daß die Balkanhalbinsel in die grauenhafteste Anarchie gestürzt und der Schauplatz von Meche- ren und sonstigen Greuelen ist, wie sie wäh- rend des russisch-türkischen Kriegs nicht ärger vor- kommen. Aber mit diesem Triumph unserer Diplomatenkunst ist es nicht genug; auch in Asien hat sie es glücklich fertig gebracht, einen „Kriegs- gal“ zu erzeugen, der zunächst zu einem Krieg zwischen England und Afghanistan, in letzter Linie über zu dem, für die Dauer unvermeidlich ge- wordenen Weltkrieg zwischen England und Rus- land führen wird. Ob es wohl schlimmer ge- worden wäre, wenn in Berlin statt der „größten Staatsmänner der Welt“ ein Duzend Paktträger als „Conferenz“ getagt hätten? —

— Es giebt noch ein Kammergericht in Berlin! Am 27. September wurde der Redak- teur Schapira und das Vorstandsmitglied der Assoziations-Buchdruckerei Radow wegen Verlei- dung der stehenden Deputation des Stadtgerichts wegen der bekannten Dentler-Affaire in zweiter Instanz, Ersterer zu 1 Jahr 3 Monaten und Letzterer zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt. Die Staatsanwaltschaft hatte auch appellirt des „geringen“ Strafmaßes halber. Schapira hatte

in erster Instanz 6 und Radow 3 Monate zuer- kannt erhalten; bei dem dritten Angeklagten, Gebert, Redakteur der „Bürgerzeitung“, wurde das erinstanzliche Urtheil, auf 4 Wochen Ge- fängniß lautend, einfach bestätigt. „Zu was braucht man da noch Ausnahmengesetze?“ fragt mit Recht die „Berliner Freie Presse“.

— Den 27. September wurden in Stuttgart die Genossen Motteler und Henneke in Haft genommen, Ersterer wegen angeblicher Kaiser- verleumdung, Letzterer wegen eines Artikels in der confiszirten Nummer 78 der „Süddeutschen Volks- zeitung“. — Den 25. September wurde Genosse Grünwald zu Altenburg verhaftet, um seine Strafe von 9 Monaten „abzulassen“. — Der Redakteur der „Chemnitzer Freien Presse“, Paul Lausche, wurde am 27. September plötzlich ver- haftet. Grund unbekannt.

— Unser Casseler Parteiorgan, „Heißiges Volksblatt“, welches bis jetzt ein Mal wöchentlich herausgegeben wurde, erscheint vom 1. Oktober an dreimal in der Woche.

— Der „Nürnberg-Fürther Sozialdemokrat“ erscheint vom 1. Oktober an unter dem Titel „Frankische Tagespost“. Die Leipziger „Fackel“ hat zu erscheinen aufgehört. Vom 1. Oktober an wird ein neues freisinniges Blatt in großem Format unter dem Titel „Neue Leipziger Zeitung“ herausgegeben.

Aus den Vereinigten Staaten.

New-York, 13. September.

Wenn man die Arbeiterbewegung nach der Zahl der Theilnehmer beurtheilen dürfte, so wäre sie jetzt schon in den Vereinigten Staaten mäch- tiger als irgendwo, obwohl sie so jung ist. Aber sie ist auch darnach; denn sie entspringt keiner Sinnesänderung des Volkes, sie entspringt bloß der Nothwendigkeit der Befreiung der alten kor- rupten Parteien. Als solche aber verdient sie vollste Anerkennung; denn diese Umbildung des Parteiwesens setzt eine bedeutende Voderung der bisher mächtigsten Vanden voraus, der Secten- und Nationalitäts-Vorurtheile.

Die Herbstwahlen haben begonnen. Zuerst hat das Volk der Staaten Vermont und Maine ge- sprochen, der beiden Festungen des Republikanismus, welche seit zwanzig Jahren eine zweite Partei nur dem Namen nach gekannt haben. Im erstgenannten Staate haben die Republikaner einen Congreßdistrikt von fünfzehn verloren; die Green- bader und Demokraten zusammengerechnet haben eine Mehrheit der Stimmen, und der republikanische Candidat ist nur mit einer Pluralität erwählt. In Maine aber haben die Republikaner zwei Congreßdistrikte von fünfzehn wirklich an Green- bader abtreten müssen, und die Legislatur hat eine genügende Mehrheit von demokratischen und Greenbader-Stimmen, um einen Greenbader-Governor zu erwählen, da keine Volkswahl für dieses Amt zustande gekommen ist, obwohl der republikanische Candidat, der jetzige Amtsinhaber, nicht unbeliebt ist. Es haben sich in diesem Staate mindestens 12,000 Stimmen von den alten Parteien, beson- ders der republikanischen, abgewandt.

Unter dem gewaltigen Eindruck dieser Wahlen beginnt der Wahlfeldzug in Massachusetts, wo bereits nahe an 60,000 Stimmen sich schriftlich mit der Aufforderung an den bekannten Benj. F. Butler gependet haben, daß er ihr Governar- Candidat werden möge. In diesem Staate wird die Opposition vereinigt auftreten, und Butler wird mit großer Mehrheit gewählt werden. Natür- lich wird auch die Legislatur von derselben Farbe sein, und somit kann die gesammte Ver- waltung dieses Staates reformirt werden. In diesem Falle wird ein allgemein verbindliches Gesetz, welches einen Normalarbeitstag von neun oder acht Stunden verordnet, wahrscheinlich gegeben und durchgeführt, und das statistische Arbeits- Bureau wird aus kapitalistischen in Arbeiterhände gelegt, die Contract-Arbeit in den Gefängnissen wird abgeschafft, kurz fast alle Arbeiterforderungen der Sozialdemokratie für die Gegenwart werden durchgeführt werden. Nun ist aber Massachusetts nicht allein der intelligenteste und darum ange- sehenste, sondern auch der industriellste Staat, und sein Beispiel wird wie immer einflußreich sein. Butler ist ein gemäßigter Greenbader und ein Mann ohne tieferes Verständnis der National- ökonomie, der als Advokat, General, Congreß- abgeordneter und Aktionär von Fabrikgesellschaften wohl eine Million Vermögen ergattert hat, der aber davon einen humanen Gebrauch macht und das vollste Vertrauen der Arbeiter seines Staates genießt. Er ist auf dem besten Wege zur Präsi- dentur.

Ebenso bedeutend ist der Fortschritt im Con- gresse. Es ist schon jetzt fast sicher, daß die Nationalvertretung in beiden Häusern eine oppo- sitionelle Mehrheit haben wird, welche leicht zur Zweidrittelmehrheit ansteigen kann. Im letzteren Falle würde sie nicht nur das Veto des Präsidenten überstimmen, sondern auch diesen betrügerisch er- wählten Präsidenten absetzen können. Ob sie das thun würde, ist freilich eine ganz andre Frage. Da fast die Hälfte der beiden Häuser neue Leute sind, frisch vom Volke und zu großen Reformen verpflichtet, so könnte dieser neue Congreß unter allen Umständen viel thun im Sinne einer demo- kratischen Auslegung des August-Stalles. Allein er tritt erst im Anfang des Decembers 1879 in's Amt, ausgenommen wenn eine außerordentliche Sitzung nöthig würde, woban er schon bald nach dem 4. März einberufen werden dürfte. Solange also würde das Volk mit Reformen sich gebüden müssen, und ebensolange die hungrigen Kletter- jäger, welche von der neuen Administration ver- sorgt sein wollen — etwa 100,000 Mann.

Es wird also ein verzweifelter Wettkampf nicht nur bei den October- und November-Congreß- wahlen und dann im Januar in den Legislaturen um die Congreß-Senaturen stattfinden, sondern auch im Congreß selbst, welcher im December dieses Jahres zu seiner letzten Sitzung zusam- mentritt (der alte 45. Congreß). Da es ganz in der Macht des alten Congreßes steht, alle Verwilli- gungen für den öffentlichen Dienst zu unterlassen, wenn er am 4. März sich auflöst, so würde die Administration schon vor Ablauf des Finanzjahres (am 30. Juni 1879) den neuen Congreß einberufen müssen. Die Steuererweigerung ist hier- lands nicht kriminell strafbar, vielmehr als gesetz- mäßiges Mittel gegenüber Regierungswillkür an- erkannt. Wer kann zweifeln, daß sie angewandt werden wird, um die Entscheidung zwischen der Volksmehrheit und der Regierung zu beschleunigen? Denn selbst der alte Congreß wird in seiner Sterbe- stunde dem am Stimmlasten erklärten Volkswillen sich einigermassen beugen.

Bei alledem wird die Sozialdemokratie nicht mitzuspähen haben, es wäre denn, daß sie einen oder zwei Vertreter in das Repräsentantenhaus des Congresses schicken könnte, wozu nicht viel Aussicht bleibt. Denn, wie wir schon mitgetheilt haben, sie ist bloß unter den Eingewanderten grundsätzlich vertreten; die Englisch-redenden, welche zu ihr bisher gehalten haben, werden mit den Greenbädern stimmen, weil diese alle, oder fast alle gegenwärtigen Forderungen der Sozialdemo- kratie in ihr Programm aufgenommen haben. Für die eingewanderten Sozialdemokraten giebt diese Sachlage einen schweren Stand. Sie erkennen die Nothwendigkeit der Befreiung der alten Partei- organisation an; aber sie mögen und können nicht für die beabsichtigten finanziellen Maßregeln der Greenbader, welche sehr bald das Ruder der Nation in der Hand haben dürften, sich mitver- antwortlich machen. Sie haben allerwärts wenig oder keine Mitglieder, welche gut genug Englisch reden und in Legislaturen sich wahrhaft nützlich machen könnten, um sie als Candidaten aufzustellen; und doch verdienen unter den Greenbädern außerst Wenige hinreichendes Vertrauen, um mit gutem Gewissen für sie stimmen zu können. Sie möchten gern mitarbeiten, um bald etwas zur Erleichterung der Noth unter den Lohnarbeitern beizutragen — was ganz unmöglich ist, so lange die alten Par- teien das Heft in der Hand haben; und doch sehen sie voraus, daß die finanziellen Maßregeln der Greenbader, wenn sie Gesetzeskraft erlangen, eine unabsehbare Verwirrung in allen Erwerbsverhält- nissen anrichten werden. Sie sind also gerade durch ihre Grundabstreue dazu verurtheilt, in ganz wenigen Wahlstricken ihre Candidaten aufzu- stellen, auf die Gefahr hin, daß dadurch eine oder die andre der Parteien siegt, was sie vielleicht verhüten könnten.

Und dennoch ist an jedem Siege, welchen die Greenbader erlangen, ein Theil des Verdienstes der Sozialdemokratie zuzuschreiben. Ihre Agitation hat die Greenbader genöthigt, die sozialdemo- kratischen Arbeiterforderungen in ihr Programm aufzunehmen. Ihre propagandistische Ideen werden jetzt von den Greenbädern ausgebreitet, natürlich nur oberflächlich und in der Absicht, ihren Urhebern den Wind aus den Segeln zu nehmen. Ihre gewerkschaftliche Agitation hat die alten Gewerksvereine gerade genug angefeuert, um eine kleine Zahl thätiger englischer Vertreter der Marx'schen Nationalökonomie zu erziehen, welche bald genug gute Dienste in weiten Kreisen ver- richten können. Ihr Rath wird von den Green- bädern gebraucht und gesucht werden müssen, wenn sie erst einmal den Finanz-Karren in den Sumpf geschoben haben werden. Sie werden Ein- fluß erlangen, sobald er am nöthigsten gebraucht wird, und werden ihn angeboten erhalten.

Nachdem wir hier den Denis Kearney, den californischen Agitator kennen gelernt, d. h. sprechen gehört haben, immer vor großen Versammlungen im Freien, steht es fest, daß er sehr bald seine Rolle wird ausgespielt haben. Er ist ein Mensch ohne alle Bedeutung, und er würde an keinem Orte zweimal eine Zuhörerchaft finden. Allein das eine Mal, daß er eine Massenver- sammlung anredet, thut dennoch eine gewaltige Wirkung — nicht durch das, was er spricht, oder wie er es spricht, sondern durch die Gelegenheit, welche es großen Massen von Arbeitern bietet, eine gewaltige Demonstration zu machen und sich in Anstehen einzufinden, welche bisher sich nicht ausdrücken konnten. Es weht eine revolutionäre Luft durch diese Massen, und die Arbeiterbewegung wird aufsteigend. Die Arbeiter fühlen es, daß sie Herren in diesem Lande sind, welches sie geschaffen haben zu dem, was es ist, und es ist ganz unmöglich, daß sie dieses Bewußtsein, welches seit lange zum ersten Male sich wieder an's Licht wagt, je wieder verlieren sollten. Das Eis ist gebrochen, der Frühling beginnt.

Das Haus des Congresses — bekanntlich in seiner Mehrheit demokratisch — that in einer seiner letzten Sitzungen im Sommer ein Gebot auf Volks- gunst, indem es einen Ausschuß niedersetzte, welcher während der Ferien die Ursachen der jetzigen Geschäftsstemme und deren Abhilfe erforschen sollte. Dieser Ausschuß, unter dem Vorstehe des Herrn Hewitt, begann in New-York mit Ver- nehmung freiwilliger Zeugen und fuhr fort mit Anhörung vorgeladener Geschäftsleute. Unter den ersteren erschienen Abgeordnete der sozialdemo- kratischen Partei und Gewerkschaften, welche ihnen das sozialdemokratische Programm genügend er- klärten. Natürlich fehlte es auch nicht an Welt- verbesserern jeder Art, welche ihre Recepte zum Besten gaben. Unter andern Umständen wäre dieser Vernehmung viel Gewicht und einiger Erfolg sicher. Allein der Ausschuß hat wenig Zeit mehr, um im Congresse einen gediegenen Bericht zu er- statten, und der Congreß hat zu wenig Zeit mehr

(drei Monate), um aus dem Berichte gesetzgeberische Maßregeln abzuleiten, und wahrscheinlich noch viel weniger Lust dazu, umsoweniger, als die meisten Mitglieder des Ausschusses nicht wieder in den Congreß zurückgewählt werden dürften. Wir er- wägen deshalb diesen Gegenstand bloß, um zu bemerken, daß fünf Jahre der Geschäftsnoth in unserer demokratischen Republik haben daraufgehoben müssen, bevor es für nöthig erachtet wurde, die Ursachen und Abhülsmittel der allgemeinen Noth zu untersuchen, und daß auch dann die Unter- suchung nicht ernst gemeint war, ja, unverant- wortlich leichtsinnig gehandhabt wurde.

Wir legen also nicht viel Gewicht auf das, was binnen einem Jahre von jetzt an im Congreß geschehen wird; wir dürfen aber in verschiedenen Einzelstaaten eine Reihe gesetzgeberischer Maß- regeln erwarten, welche im Sinne der Sozial- demokratie sind, und nicht minder in einzelnen Städten. In diesen kleineren Legislaturen hat die Greenbaderpartei, falls sie siegt, keinen Spiel- raum für ihre bedenklichen Finanzpläne — denn diese gehören alle vor die Nationalvertretung. In diesen Legislaturen kann sie nur unser Programm, d. h. dessen vorläufige Forderungen, entwickeln und durchführen. Vor den ersten Monaten des neuen Jahres freilich sind davon keine Wirkungen zu erwarten. Immerhin winken neue und größere Hoffnungen.

Correspondenzen.

Berlin, 26. September. Während der letzten Wahlcampagne wurde bekanntlich eine größere Anzahl von Parteigenossen wegen Vertheilens von Wahlflugblättern in Haft genommen und nachträglich mit Strafmandaten be- droht. So wurde auch der Schachmacher Reis zur Wache gebracht und nachträglich mit einer Strafoverfügung von 5 Mark wegen gewerkschaftlichen Vertheilens von Druckschriften ohne polizeiliche Erlaubniß beehrt. Auf erfolgte Einsprache des Reis wurde auf gestern ein öffentlicher Termin vor dem Stadtgericht anberaumt und hierbei fest- gestellt, daß Reis freiwillig, nur im Interesse der Arbeiterfrage, die Vertheilung von Wahlflugblättern besorgt hatte. Es erfolgte kostlose Freisprechung. — Bei der Prüfung des Mandats des Abgeord- neten des 6. Berliner Wahlkreises werden unsere Parteigenossen im Reichstage diese richterliche Ent- scheidung gut verwerthen können; wenn sie auch nicht die Ungültigkeitserklärung erreichen, so müssen solche Fälle doch mit aller Schärfe erwähnt werden, damit die löbliche Polizei hierorts sich nicht wieder derartige grobe Gesetzesverletzungen zu Schulden kommen läßt.

Unser hiesiges Parteiorgan schreibt: „Daß der Vertreter der Allgemeinen deutschen Assoziations- buchdruckerei wegen Nichtangabe des Namens des Verlegers auf in der genannten Druckerei her- gestellten Wahlflugblättern mit einem Strafmandat im Betrage von 150 Mark überrascht worden ist, haben wir bereits mitgetheilt. Heute haben wir nachzutragen, daß demselben Vertreter ein neues Mandat, und zwar in derselben Höhe, zugegangen ist, und zwar deswegen, weil auf einem von Hagen- clever an die Wähler des sechsten Wahlkreises erlassenen „Offenen Brief“ ebenfalls der Name des Verlegers fehlte.“ — Hierzu bemerkt die „Volkszeitung“: „Die Strafe von 150 Mark ist die höchste gesetzlich zulässige. In seltsamem Wider- spruch mit diesem rigorosen Vorgehen steht das Verfahren der Behörden gegenüber den conserva- tiven Organen. So erscheint beispielsweise in Witten das Kreisblatt für die Ost-Preignitz, dessen Redakteur, wie man sich erzählt, der dortige Land- rath ist. Da das Blatt jedoch stark in Polemik gegen die „Liberalen“ macht, so hat der Herr Redakteur — wer es ist, mag dahingestellt bleiben — es vorgezogen — offenbar um Konflikte mit dem Strafgericht zu vermeiden — sich in eine feindliche Angriffe abwehrende Anonymität zu hüllen. Während der § 7 des Preßgesetzes vor- schreibt, daß auf jeder Nummer einer Zeitung Name und Wohnort des verantwortlichen Redak- teurs enthalten sein muß, finden wir dort einen über diese Bestimmung mit echtem Bureaunkriticismus sich läßt hinwegsetzenden Vermerk: Redigirt durch das königliche Landrathsamt der Ost-Preignitz. Hier handelt es sich offenbar nicht um ein Ver- sehen, sondern um eine Umgehung der gesetzlichen Vorschriften, die wir nur deshalb zur Sprache bringen müssen, weil wir dadurch außer Stand gesetzt sind, eine Erwiderung auf die in Nr. 76 dieses Blattes enthaltenen verleumderischen Be- schimpfungen der Fortschrittspartei an die richtige Adresse zu richten.“ — Den Fortschrittler und Liberalen, besonders denen, die noch nicht wie die „Volkszeitung“ einigermassen zur Reue gekommen sind, muß hierbei vorgehalten werden, daß solange sie in der polizeilichen Behandlung der Sozialdemokraten und Liberalen einen Unterschied dulden oder gar verlangen, die Conservativen ihnen gegenüber in demselben „Rechte“ sich befinden.

Sarburg, 7. September. Heute war es uns vergönnt, die erste Volksversammlung nach den Wahlen abhalten zu können. Herr Müllers aus Hamburg referirte über das Thema: „Lassalle's Leben und Wirken.“ Redner verstand es in aus- gezeichnete Weise, durch seinen gediegenen Vor- trag die Aufmerksamkeit seiner Zuhörer zu fesseln. Redner betonte, daß es zu allen Zeiten Männer gegeben hätte, die ihren Ruhm durch blühende Thaten erworben und von der Mitwelt als groß bezeichnet wären. Hingegen Männer wie Lassalle, die auf die Mängel und Schäden der Gesellschaft aufmerksam gemacht und den Weg zur Besserung gezeigt hätten, seien von der Mitwelt verhöhnt und verspottet worden. Die Nachwelt aber würde ihre Andenken desto höher ehren. Redner führt alsdann kurz die Biographie Lassalle's vor. Zum

Schluss erwähnte Referent die Ausnahmegeetze und meinte, im Falle dieselben nach der Vorlage angenommen würden, sei es höchst wahrscheinlich, daß die Schriften Passalle's verboten würden; diese und andere Maßnahmen sollten uns aber nicht abhalten, tapfer anzuharren bei der Fahne des Sozialismus. Nachdem der Redner geschlossen, erschall lautere Beifall. Der Referent trug dann noch ein ansprechendes Gedicht vor, und wurde die Versammlung alsdann vom Vorsitzenden geschlossen. Mit sozialdemokratischem Gruß F. S.

Erfurt, 23. September. Die Arbeitseinstellung in der Ed. Einzelnen Schuhfabrik hat durch beiderseitiges Entgegenkommen seinen Abschluß gefunden.

Magdeburg, 26. September. Die heute erscheinende „Magdeburger Freie Presse“ hat angezeigt, daß sie zu erscheinen aufhört. Nicht die drohende Reaktion zwingt sie dazu, sondern die traurigen Arbeitsverhältnisse, die Noth der Arbeiter, welche dieselben verhindern, in genügender Zahl auf die „Freie Presse“ zu abonnieren.

Sesum-Burgdamm, 26. September. Am 24. d. M. hatten sich acht Tombolaloo-Spieler auf die Anklage, „in einer im Königreich Preußen nicht besonders gestatteten Lotterie gespielt zu haben“, bei der kgl. Kronanwaltschaft zu Verden zu verantworten. Der Staatsanwalt beantragte 15 M. Strafe, resp. 5 Tage Haft und Tragung der Kosten. Die Kronanwaltschaft erkannte auf 6 M. Strafe, resp. 2 Tage Haft für Jeden und Tragung der Kosten. Ein Mitangeklagter, der besonders noch beschuldigt war, „den Verkauf von Loosen zu dieser Lotterie als Mittelsperson — nicht als Colporteur — befördert zu haben“, erhielt hierfür 9 M. Strafe, resp. 3 Tage Haft; der Staatsanwalt beantragte 70 M., resp. 14 Tage Haft. Zwei andere Mitangeklagte, von denen einer vier Loose gespielt hatte, der andere nicht erschienen war, wurden Beide, letzterer in contumaciam, ebenfalls zu 6 M. verurtheilt. Ein Genosse in Verden, der zu derselben Zeit vorgeladen war, und dem irgend ein lebenswürdiger Jemand ein Tombolaloo in seine Rocktasche speidert hatte und dasselbe auch bei der bei ihm vorgenommenen Haussuchung darin befunden wurde, kostlos freigesprochen; ebenso wurde ein Gastwirth in Achim, der sein Loos auf dem Tische in seiner Gaststube gefunden und dasselbe für ein werthloses Pferdweidenbahnбилет gehalten hatte, ebenfalls freigesprochen.

Mainz, 2. September. Die Reichstagswahl ist vorüber, und ich möchte Ihnen über die Erfahrungen, die wir bei derselben gemacht haben, Einiges mittheilen. Nach den Auktanten waren es natürlich die „Mainzer Zeitung“ und das „Mainzer Tagblatt“, welche ihr Möglichstes in Vertretungen gegen die Sozialdemokratie leisteten. Siedurch veranlaßt, hielten wir eine Volksversammlung ab, in der circa 3000 Personen anwesend waren. Da am selben Tage die genannten Blätter schrieben: „Mit einer wahren Wanzensfreiheit hielten die Sozialdemokraten noch Versammlungen ab“, so lud man die Herren Redakteure dazu ein; dieselben glänzten indeß, wie gewöhnlich, durch Abwesenheit. Die Versammlung nahm für uns den günstigsten Verlauf. Das war der Anfang zur Wahlagitiation. Wir hielten eine zweite Versammlung ab, in der Wilhelm Liebknecht als unser Candidat aufgestellt wurde, welcher jedoch wegen anderweiter dringender Beschäftigung höchstens eine Versammlung abhalten zu können erklärte. Da Fest und Verheißender ebenfalls auswärts agitirten, auch an einen Sieg unseres Candidaten zu denken Niemandem einfiel, kam es uns hauptsächlich darauf an, keinen Rückgang in der Stimmzahl verzeichnen zu müssen. — Einigermaßen wurde allerdings unsere Agitation lachm gelegt durch Lokalsperre und andere widrige Umstände; doch gelang es uns, durch Liberalität der Mainzer Stadtverordneten für den 18. Juli den Akademiesaal (kurfürstliches Schloß) zu erhalten, wo Liebknecht in zweifelhaftem Vortrage bis zahlreich erschienenen Gegner kräftig verarbeitete, von denen trotz wiederholter Aufforderung Niemand ihm entgegenzutreten wagte. Von der 178 Mark betragenden Einnahme dieser Versammlung sandten wir 80 Mark nach Offenbach, glaubten indeß kaum im Stande zu sein, noch eine Versammlung in dieser Wahlcampagne abhalten zu können, als es unseren Parteigenossen in Folge eigenthümlicher Bekettung von Umhändlern gelang, in zwei gegenüber, am 28. Juli in demselben Saale abgehaltenen Versammlungen gewissermaßen „das Fest in die Hand zu bekommen“ und auf diese Weise unsere Agitation wesentlich zu fördern.

Im Jahre 1877 erhielt unser Candidat 1874, 1878 3267 Stimmen; in der Stadt erhielten die Sozialdemokraten 1877 1500 und 1878 2459 Stimmen. Hätten wir auf dem Lande mehr agitiren können, so wäre es noch in Frage gestellt, wer in die engere Wahl kam. Die Demokraten erhielten im Ganzen 930, Reuleaux, der Nationalliberale, 7293 und Roufang 6978 Stimmen; also Stichwahl. Jetzt waren die Sozialdemokraten vor die Alternative gestellt, von diesen Beiden Einen zu wählen. Sie gaben dem Ultramontanen ihre Stimmen, nachdem er sich auf die durch die Zeitungen bereits bekannt gewordenen Forderungen verpflichtet hatte.

Mainz, 9. September. Arm, sehr arm, fiel hier die Sedantage aus. Man sah in den meisten Straßen kaum 3-4 Fahnen ausgehängt. Doch muß ich Ihnen einiges über den früheren Reichstagsabgeordneten Herrn Dr. Dehner, „demokratischer“ Adjunkt der Stadt Mainz, berichten. Derselbe, der lieber als gemeiner Soldat in den Reihen der Demokratie thätig sein möchte, als ein Mandat zu dem heftigen Landtage anzunehmen, sprach u. A. bei dem Sedantagebankett in der „Neuen Anlage“ folgendes:

seinem einheitlichen Gedanken und seiner Disziplin zum Muster und zur Nachahmung dienen. Keine Herren, man klagt eben so vielfach über Handel und Industrie, die da Noth leiden, nicht allein bei uns, sondern mehr oder weniger fast überall. Die Gründe hierzu sind gewiß nicht im Freihandelsystem und etwa in erster Linie in der freisinnigen Gesetzgebung unserer Zeit zu suchen — denn in England herrschen ja schon längst diese Prinzipien; sie sind auch nicht ausschließlich in der zweifelhaften allgemeinen politischen Lage zu suchen, wir sind ja jetzt groß und mächtig; aber zum Theil ist die Schuld doch darin zu suchen, daß ein Theil unserer Nation glaubt, den heutigen Staat niederreißen und einen neuen Staat auf neue Prinzipien hin errichten zu können, die sich aber erst noch zu bewahren haben. Es giebt aber Staatsprinzipien, welche wohl ewig dieselben bleiben müssen. Sie heißen: Tägliches lernen, fleißig arbeiten, sparsam sein und den Gesetzen gehorchen! Wenn wir uns aber nicht selbst wiederfinden, wenn sich nicht das freisinnige deutsche Bürgerthum einigt, um diesen inneren Herdweissen durch gutes Beispiel, durch Ermahnungen und Belehrungen entgegenzutreten und sie zu heilen — wenn dieses nicht geschieht, dann meine Herren helfen auch ganz gewiß alle Ausnahmegeetze nicht!

Armer Dehner! So weit sind Sie schon gekommen, daß Sie die Sozialdemokratie verantwortlich machen wollen über das Darniederliegen von Handel und Industrie! Niederreißen und einen neuen Staat auf neue Prinzipien hin errichten zu können, die sich aber erst noch zu bewahren haben.“ Die Proxis, die Proxis, Herr Dehner, welche uns noch fehlt, die würde es lehren. Ein Dehner wäre dann freilich nicht zu gebrauchen im sozialistischen Staat — höchstens als Nachtwächter! „Und sparsam sein.“ Ja, Herr Adjunkt Dehner, wenn die Arbeiter so einen Gehalt pro Jahr von 6000 Mark bekämen, wie Sie, dann könnten Sie auch etwas sparen. Hier kann man so recht sehen, wie getrun der Sittenspiegel war, der das Flugblatt vom 30. Juli, betitelt „Zur Situation“, enthielt, welcher diesen Herren „Demokraten“ vorgehalten wurde. Nun, die drei Geistesherren von Mainz, Dehner, Rötter und Stumpf, können sich die Hände reichen. — Ade Herr Dehner.

Dresden, 7. September. Wie langsam bei uns im lieben Deutschland manche Sache vor sich geht, beweist folgender Vorfall: Seit 1. Januar 1877 ist den Hilfsweihenstellern eine Lohnzulage von 10 Pf. pro Tag versprochen worden, aber bis zum heutigen Tag haben dieselben noch nichts davon gesehen. Kam da neulich eine anonyme Anzeige an den Herrn Generaldirektor v. T., worauf der Herr Oberinspektor v. F. die Leute um sich versammelte und ihnen unter schönen und nicht schönen Reden versprach, dafür Sorge zu tragen, daß ihnen das Geld ausgezahlt werden würde, es handle sich nur um die Rechnungsbücher des Hrn. G. Das war im Februar 1878 — wie lange dauert nun wohl noch die Herstellung der Ordnung in den Büchern der obengenannten Herren? Bis jetzt ist noch kein Pfennig ausgezahlt worden — nun hoffen wir Armen, vielleicht kommt es dennoch!

Frankenhäuser i. Th., im September. Es war doch eine schöne Zeit, die Zeit vor der Reichstagswahl! Alles weiterete auf die Sozialdemokraten hinein, der Pastor von der Kanzel in erster, die Polizei in ihrem Wirkungsbereich und — außer halb derselben in zweiter, die Fabrikanten mit der Hungerpeitsche in dritter Linie. „Arme Sozialdemokraten!“ sagte ich, als ich diese Schlaftlinie sah. — Aber, als der Tag der Wahl kam und man die ruhigen Gestalten der Wähler sah, wie sie vor den Tischen, wo die Wahlzettel der Liberalen und Conservativen ausgebreitet lagen, entschlossen vorbeiging, da kam mir auch ein anderer Gedanke. Wenn man sah, wie die Liberalen den trotigen Gestalten nachsehen, die es verschmähten, ihren Wahlzettel Tisch zu besuchen. Bei der Stimmzählung stellte sich heraus, daß der vierte Theil aller abgegebenen Stimmen in hiesiger Stadt von Sozialdemokraten für einen Sozialdemokrat, W. Vogt, Gotha, abgegeben waren. Welcher Schred! welche Wuth dann bei den Fabrikanten aller reaktionären Parteischattirungen, als sie sahen, daß die „Skaven des 19. Jahrhunderts“ weder Polizei-Chikane, noch Hungerpeitsche fürchteten! Trotzdem giebt es noch Krieger genug unter den Arbeitern, deren Lumpenthum so weit geht, daß sie Wahlzettel von ihren Arbeitscollegen forderten und dieselben dann ihren Arbeitgebern zeigten mit dem Bemerkten: „ich wähle aber nur, wen mein Herr wählt.“ Diesen Menschen könnte Schreiber dieses nachweisen, wie sie das Eigenthum ihres Arbeitgebers annekstiren — und Gegenstände von 8 Mark Werth für 1 Mark 30 Pfennig verkaufen, so daß in einem Jahre das Stämmchen von 130 Mark herauspringt. Aber es ist genug gegen die Sozialdemokraten dinuzirt worden, so daß man allen Eck vor einer Denunziation und noch mehr vor einem Denunzianten bekommt. Fort mit solchen Lumpengehalten! Den Tag nach der Wahl kündigte ein Fabrikant zehn seiner Arbeiter, weil sie für W. Vogt gestimmt haben sollen. Des anderen Tages wurde die Kündigung widerrufen. Der vierte Theil der abgegebenen Stimmen? Es war zu viel! Keine Versammlung? Kein Flugblatt? Und doch so viele Stimmen?! Das hatten sich die „Herren“ nicht träumen lassen.

Seidelberg, 9. September. In der Nummer des „Vorwärts“ vom 8. September rechtferdigte sich Herr Scholl und erklärt, nach eingezogener Erkundigung sei der Entlassungsgrund aus meiner früheren Stellung ein anderer, und giebt als Beweggrund an, daß mein bisheriger „Arbeitgeber“ gegenwärtig noch ein Mitglied unserer Partei be-

schäftige. Der Sachverhalt ist folgender: Ich arbeitete von Otern bis Pfingsten bei Herrn Schreinermeister Blag dahier, Vorsitzendem der „Freien Gemeinde“, ungehindert. Am Donnerstag nach Pfingsten, früh 6 Uhr, erklärte mir Herr Blag, daß ich nicht mehr zu arbeiten brauche. Auf meine Frage, warum? erwiderte er: „Solche Leute, die sich mit sozialistischen Lumpenbuden und Lumpenposten abgeben, Leute, die die sozialistische Agitatoren unterstehen, Leute, die deren Brotschälren verbreiten, beschäftige er nicht.“ Ich wollte ihn zurechtweisen, er ließ mich jedoch nicht zum Wort kommen und sagte: „Wenn Sie Lump nicht machen, daß Sie hinauskommen, schmeiße ich Sie hinaus oder lasse Sie von der Polizei abführen.“ Ich arbeitete also noch einen Tag nach Pfingsten umsonst. Hat er etwa die 3 Mark zur Wilhelmspende gegeben? — Nun suchte ich mein Recht vor dem zweiten Bürgermeisteramt zur Geltung zu bringen; aber, o weh! 17 Tage mußte ich warten, bis ich eine Vorladung erhielt. Leider konnte ich nicht erscheinen, weil ich von den hiesigen Mitgliedern des Tischlerbundes als Delegirter zur Generalversammlung nach Dresden abgefangen wurde. Sofort nach meiner Rückkehr er suchte ich um eine weitere Vorladung, was natürlich geschehen mußte; aber diese war gerade auf die Stunde angelegt, wo ich von dem Standesbeamten als verwehlt eingetragen wurde. Sofort ging ich zum Bürgermeisteramt und bat ihn deshalb um Vertagung, was jedoch nicht beliebt ward, und ich wurde „von Rechtswegen“ wegen Nichterscheins in die Kosten verurtheilt. — Was den von Herrn Blag noch beschäftigten Parteigenossen anbelangt, so verhält sich die Sache folgendermaßen: Derselbe war damals kaum drei Wochen bei Blag in Arbeit, und konnte dieser unmöglich wissen, daß der Mann Sozialist sei, weil der Genosse erst zugereist war. Ich brachte jenen Artikel ebenfalls in „Pionier“ und sandte Herrn Blag ein Exemplar zu. Es läßt sich nun leicht denken, daß wenn dies Herr Scholl erfahren hat, Herr Blag sich schämen mußte, und darum verheimlichte er den Bericht vor Herrn Scholl. Als sich aber die Vertilgungswuth etwas gelegt hatte, befiel er den Genossen gerade deshalb, damit er mit dem Beweis, welchen Herr Scholl angeführt hat, mir entgegenzutreten konnte. Uebrigens ist es genug — Anno 1848 zum Tode verurtheilt, heute hervorragender Führer der nationalliberalen Partei!

Chr. Waiblinger.

Briefkasten

der Redaktion: D. P. in München: Ihre Briefe hat die Redaktion nicht erhalten. Was Sie betr. des „Journal officiel“ u. s. w. sagen, trifft zu. Nur, daß die erste, von den Vertretern des siegreichen Volks herausgegebene Nummer des Datum des 19., nicht das des 17. März trägt, was ja selbstverständlich, da die Erhebung im Lauf des 18. stattfand. Die nach der Märzrevolution herausgegebenen Nummern begannen mit 79. Nach Gründung der Commune wurde die Nummerierung unterbrochen, und statt Nr. 89 erschien Nr. 1. Klein schon am folgenden Tag schnippte man wieder an die frühere Zahlenreihe an, so daß Nr. 2 der Commune die Nr. 90 trägt u. s. w. bis zum 24. Mai (Mittwoch) Nr. 144. Es fehlen Ihnen also die 3 letzten Nummern. — Ihre anderen Fragen, soweit sie nicht Hofbaurath Demmler betreffen, lassen Sie sich doch von Münchener Genossen, welche den Gegenstand besser kennen als wir, beantworten. — An Hofbaurath Demmler, Schwerin, müssen Sie direkt schreiben; er wird Ihnen die gewünschte Auskunft gern ertheilen.

der Expedition: Ch. Neu Frankfurt a. M.: Die führten den Verstand da N. mit Zahlung zu sehr im Rückstand. — Genossenschaftlichkeits-Deut: Ihre Annonce erpichten wir am 27. Sept., Nachmittags 5 Uhr, also für die Sonntagnummer viel zu spät. — F. T. Thun: Die Nummern des „Vorwärts“ vom 20. Juni bis 1. October kosten M. 1,60 und innerhalb Deutschlands 30 Pf. Porto. Für Erlos ist dem „Vorwärts“ der Postdebit entzogen. Briefe hat Geiser erhalten, Sie hätten eigentlich Ihre Anfrage an die Expedition richten sollen. Die 23 Pfg. sind der Expedition übergeben und erhalten Sie Nr. 43 der „N. W.“ per Kreuzband zugefandt, wie Sie uns Ihre genaue Adresse angeben.

D. Pflüger, Heseloh, wird ersucht, mir seine genaue Adresse anzugeben.
Christ. Dreierh. Schloßplatz 6, Höchst a. M.

Söln, Samstag, den 12. Oktober, findet in der Restauration „Zum Schiffchen“ am alten Ufer eine außerordentliche Generalversammlung der Genossenschaftlichkeits-Deut (E. Gen.) statt. L.-D.: Der § 16 des Statuts. Der Ausschicht. (S. 80) [1,50]

Leipzig u. Umg., Mittwoch, den 2. Okt., Abends 8 1/2 Uhr, bei Richter, Roßplatz 9 (Crisanon):
Monatsversammlung. [70]
Tagesordnung: Vortrag.
Zahlreiches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Unterstützungsverein der Metallarbeiter für Leipzig und Umgegend.

Allen Mitgliedern diene zur Nachricht, daß ich obigen Verein unterem heutigen Tage als ausfindig erkläre und alles disponible Vermögen der Krankenkasse des Gewerkevereins der Metallarbeiter für Leipzig und Umgegend vermachte, welche die Rechte einer eingetragenen Genossenschaft in das kgl. Genossenschaftsregister zu Leipzig hat. [1,20]
R. Ludwig, Vortrager.

Ottensen, Donnerstag, den 3. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, in Burmeisters Salon, 1. Treppe:
Öffentliche Versammlung. [80]
Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Vortrag des Herrn Nag Söhr.
F. Beerhold.

Ein geübter Korbmacher gesucht auf feinere Sessel u. Blumentische u. v. Fr. Frank- u. Köller Düsseldorf. (S. 80) [60]

Roh-Tabak.
Domingo 45. 55. Blatt 120 Pfg.
Brasil 60. 70. 80. 100. do. Blatt 6-7 Pfg. bedekt 130 Pfg.
Seedleaf 45. 50. 55. do. Blatt 80. 100. 120-180
Java 90. 150. 160. 180. 250 Pfg.
Palmyra 130. 135. 170. Rio Grande 60 Pfg.
Carmen 80. 100. 120. Saratow 40 Pfg. [3,30]

Ferd. Gütjens, Altona, Rathhausmarkt 36.
Im Verlag von Emil Sauersteig in Gotha ist erschienen: (26) [80]
Elementar-Lehre für Arbeiter-Gesang-Vereine.
Preis: 20 Pfg., 20 Stück 3 M., 50 Stück 5 M.

Von Klemich's Schriften sind gegenwärtig mit noch folgende vorräthig und durch Frau Eugenie Klemich Schloßstr. 231. in Dresden zu beziehen:

Die Entwicklung des Menschengeistes	0,80
Der Egoismus	0,20
Aristoteles	0,20
Der Rationalitätsbündel	0,20
Das Genossenschaftswesen (v. Rößl)	0,10
Wie Du sein sollst	0,20
Ein biblischen Nächstenliebe	0,10
Lehre und Leben Spinoza's	0,20
Katechismus der Lehre von den Menschenpflichten	0,70
Talente und Anlagen	0,20
Ueber Beweise vom Dasein Gottes (von Stachelhausen)	0,20
Der achtzehnte März (von Kayser)	0,10
Eine Grabrede (von Eugenie Klemich)	0,20

erner:

Blätter für geistigen Fortschritt:	
I. Band broschürt gebunden	3,00
II. " broschürt gebunden	2,50
III. " broschürt gebunden	3,00
IV. " lose	4,00
V. " (halber Jahrgang 1878) lose	2,00

Endlich folgende Lehrbücher:

Lehrbuch der deutschen Sprache	1,00
Orthografie	1,00
Interpunktion	1,00
einfachen Buchführung	2,00
doppelten Buchführung	2,00
einfachen und doppelten Buchführung	3,00
Wechselkunde	3,00
Handel-Korrespondenz	4,00
Kaligrafie (mit vorstehendem verb.)	4,00
Rechenkunst	2,00
Terminologie (geb.)	1,00
Waarenkunde	6,00
ganzen Handelswissenschaft	20,00
Katechismus der Buchführung aller Systeme	2,00
Stilistik, Beschränkung u.	2,00

Mängeltabelle
Unvollständiger
Uebungsbücher zur einfachen Buchführung
doppelten Buchführung
Lehrbuch des Schachspiels (für Anfänger)
(Schachmeister)

In unserm Verlage ist erschienen:

Vertheidigungs-Rede
wider die Anklage der
Verleitung zum Kassetten-Diebstahl
am 11. August 1848 vor dem kgl. Assisenhofe zu
und den Geschworenen
von
FERDINAND LASSALLE.
Preis 35 Pfg. 80. (ca. 5 Bogen).

Da diese Schrift in sehr wenigen Exemplaren und den Genossen verbreitet sein dürfte, so haben wir dieselbe ihres Uebers aus großen historischen Interesses wegen durch den Druck vervielfältigt.
Da der Verkauf in Folge des Ausnahme-Gesetzes bis Mitte October nur gestattet sein dürfte, so empfehlen wir sofortige Bestellung.
Dresden, im September 1878.

Schlesische Volks-Buchhandlung
H. Zimmer & Co.

Neu erschienen und die unterzeichnete Buchhandlung zu beziehen:

Zur orientalischen Frage
Soll die sozialistische Arbeiterpartei türkisch werden?
Ein Mahnwort an die deutsche Sozialdemokratie
von H. L.
5 1/2 Bogen (88 Seiten). Preis 45 Pfg.

Der Verfasser, der bekannte Correspondent an „Deutschland“ tritt in dieser Schrift der Auffassung der Genossen Liebknecht über die Orientfrage entgegen.
Für alle Besitzer der Liebknecht'schen Schrift ist obige Brochüre unentbehrlich.
Höttingen-Zürich, September 1878.
Volksbuchhandlung.

Keine Hosenträger, keine Riemen mehr!
Patent. Hosen-Selbstschnaller.

Dieser elastische Hosen-Selbstschnaller macht den Gebrauch von Hosenträgern und Riemen vollständig entbehrlich; derselbe wird in die beiden Schnalllöcher der Hosen einsteckbar, welche sich am Hüftteil jeder Hose befinden einsteckbar.
Die Vortheile des Selbstschnallers sind augenfällig, der nicht nur, daß das insbesondere beim Arbeiten lästige Tragen von Hosenträgern und Riemen wegfällt, sondern auch die ganze Haltung des Körpers eine viel freier und ungezwungener, da der Selbstschnaller vermöge seiner großen Elastizität bei jeder Bewegung, so bei jedem Ritzenzuge nachgiebt und sich ausdehnt. Preis pro Stück 65 Pfg., franco Zustellung per Post gegen vorherige Einzahlung in Briefmarken. Preis pro Stück 4,50. Wiederverkaufserlöse gesamt. 50 allein zu beziehen von

H. Hurwitz in Halberstadt
Beratung, Redaction: Franz Wülfel in Leipzig
Redaktion und Expedition: Höttingen, 12. 11. in Leipzig
Druck u. Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig